

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achteitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.

Ausschrift für Drahtnachrichten:
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Vieh- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzl in Hachenburg

Nr. 3/4

Während des Krieges müssen die Preisbeilagen wegfallen.
Hachenburg, Sonntag den 6. Januar 1918.

Während des Krieges müssen die Preisbeilagen wegfallen.

Hachenburg, Sonntag den 6. Januar 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
Die sechsseitige Beilage oder deren
Raum 20 Hg., die Restzeile 60 Hg.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

8. Januar. An verschiedenen Stellen der Westfront Artilleriekämpfe. Französische Batterien in der Champagne blieben ergebnislos.

4. Januar. Fast an der ganzen Westfront lebhaftste Artilleriekämpfe. — Seit dem 1. Januar sind auf dem westlichen Kriegsschauplatz 23 Flugzeuge und 2 Fesselballone abgeschossen worden.

Beirat oder Aufsichtsrat?

(Am Wochenklus.)

Sowohl in Bresch-Litowsk wie in der deutschen Reichshauptstadt ist die künftige Friedensvorbereitung mit dem Ablauf dieser Woche in eine neue Phase eingetreten. Während die den feindlichen Westmächten gestellte Frist zum Beitritt zu Verhandlungen auf der Grundlage der bekannten vorläufigen deutsch-russischen Vereinbarungen eben abläuft, ist in Berlin die deutsche Volksvertretung in Gestalt des Hauptausschusses des Reichstags versammelt und die Parteien haben Gelegenheit, Stellung zu nehmen zu dem, was die Reichsleitung als ihre Ziele offenbart oder was als ihre Absichten aus den verschiedenen Anzeichen und Vorgängen gemutmaßt wird. Welche Wendung der Ablauf der erwähnten Frist bedingen wird, darüber werden die nächsten Stunden Klarheit bringen. Die Arbeit des Reichstagsausschusses geht die Fragen unserer staatspolitischen, wirtschaftlichen und diplomatischen Haltung für die Arbeit des Friedensabchlusses an. Es ist wohl angebracht, den Charakter dieser Mitarbeit und Mitentscheidung nicht verwirren zu lassen. Darüber besteht heute kaum noch eine Meinungsverschiedenheit, daß die gigantischen Aufgaben, vor die die gesamte Diplomatie im waffenstillstehenden Europa sich beim Aufbau einer neuen Welt gestellt sieht, jedes Vergleichs mit den Friedensschlüssen der Geschichte trotzen.

Aus den Jahren der verfinsterten Zeit, den Erfahrungen von Jahrhunderten wird — gemessen an den Erfordernissen des Tages — nur eine bescheidene Ausbeute gewonnen werden können, um für Inhalt und Form neuer Verträge die blühende Wissenschaft zu finden. Haben wir den überragenden staatsmännischen Genius, der — ein Seitenstück zu unserem gewaltigen Hindenburg — am Wechselpunkt der Geschichte mit sicherer Hand die fast hoffnungslos verwickelten Fäden zu einem Meisterwerke der Unzerstörbarkeit knüpft und dem der glänzende Erfolg naher auch manche Selbstverständlichkeit jubelnd vergehen würde, oder haben wir einen solchen Staatsmann nicht — das gilt heute gleich: die öffentliche Meinung beistimmt — autem Flug ihr Recht. So viele Millionen wehrhafter Männer aller Altersstufen das Schwert seit über drei Jahren zur Heimatverteilung in feindlicher Faust geschwungen haben, so viele Millionen von Volksgenossen im Durchhalten standhaft geblieben sind, ebenso unzählige Millionen sind bis zur bescheidensten Existenz herab mit ihren gelähmten Leibern und Verfallsbedingungen an den Fronten beteiligt, die die Verhandlungen zur Wiederherstellung des Weltfriedens reifen sollen. Dazu kommt, daß diese Öffentlichkeit unserer Lage wesentlich anders aussieht, als die vergangener Zeiträume. An politischer und wirtschaftlicher Durchbildung hat das deutsche Volk die hohe Stufe, die es sich im Frieden schon errungen, in den drei harten Jahren dieses Krieges noch um ein Erhebliches überschritten. Der Anspruch mitzuraten steht auf einer breiten Grundlage. Doch der Träger dieser Öffentlichkeit der berufenen gelebende Körper, der Deutsche Reichstag ist und in seinem Hauptausschusse mit der Beratungstätigkeit zu sein habe, dafür besteht volles Verständnis.

Ebenso lebendig wie dieses Begreifen ist aber die Erwartung, daß die führenden Kräfte und Gruppen dieser Öffentlichkeit die Schranken nicht übersehen, die ihrer Mitarbeit unvermeidbar gesetzt werden müssen. Sie sind nicht von herrischer Machtbewußtsein, von dem Dunkel einer wenig angebrachten Unfehlbarkeit gezogen, sondern nationalistische Rücksichtnahme und die gebotene staatsmännische Klugheit und Vorsicht haben sie ausgerichtet. Keines offenen Wort und weitblickende Sachkunde und besonnenste Kritik leben sich um so segensreicher aus, je mehr sich jeder Führer, der das Wort ergreift, dessen bewußt bleibt, daß auch im Hauptausschusse Meinung gegen Meinung steht. Auf Reichstagsarbeit eine Kampfbahn eingestrichelt zu werden, die das Volk mit seinem tiefsten Gefühl begreift, magte Enttäuschung wachrufen.

In der Beschränkung zeigt sich der Meister. Diese Beschränkung braucht der Eindringlichkeit der Stellungnahme und der Vertiefung des richtig Gehaltenen keinen wesentlichen Abbruch zu tun, sie muß aber verhindern, daß der Eindruck der Nervosität, des Nichtabwägens entsteht, daß den Verdrehungsfällen und der Verwirrungslust der Feinde Nahrung zugeführt, daß die Arbeit unserer Diplomatie erschwert und belastet wird, daß sich die Geister im Ringen um die Oberhand verstreuen, anstatt sich im Kampfe gegen die gemeinsamen Widersacher zu verbünden. Es gibt Fragen, in

denen es gilt, einzuschreiten wie die Unteroffiziere, Opfer zu bringen aus höherer Staatsraison. Wer wollte leugnen, daß auch auf dem Felde der militärischen Disziplin, die so manchem unserer lieben Freunde besonders im Magen liegt, sich innere Konflikte abspielen. Diesem oder jenem begabten Unterführer ist es sicherlich wieder und wieder vorgekommen, daß er Befehle als irrig oder umständlich erkannte, daß er einen kürzeren Weg zur Erreichung des Zieles für gangbar hielt, für solche Bedenken ist aber im Augenblick des Latens kein Raum. Hier heißt es: durch mit voller Kraft. Ein Säubern, das dem Gegner den Plan verriet, wäre ebenso verhängnisvoll wie eine Kritik, die die Karten der Diplomatie vorzeitig aufdeckte. Die Vertrauensfrage wird niemand unterschätzen, sie entscheidet aber nach einmal getroffener Entscheidung von den Pflichten der Sicherung des Erfolges. Die Nachrichten über den Zwischenfall von Bresch-Litowsk können diese Betrachtungen nur unterstützen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Reichshaushaltsanschlag für 1918 wird dem Reichstag erst Mitte Februar vorgelegt. Aber die Steuerentwürfe sind endgültige Bestimmungen noch nicht getroffen. — Auch in den vergangenen Kriegsjahren ist der Vorschlag dem Reichstag immer erst Mitte Februar zugegangen.

Der Bundesrat hat dem Entwurf über die Gewährung von Zulagen an Empfänger von Invaliden- oder Witwenrenten aus der Invalidenversicherung zugestimmt.

Mit dem Beginn des neuen Jahres hat der Zentrumsvizepräsident Giesberts im Reichswirtschaftsausschuss seine Stellung angetreten. Herr Giesberts übernimmt nicht einen bestimmten Beamtenposten in diesem Reichsausschuss, sondern arbeitet ohne Amt und Titel als sachverständiger Beirat für soziale und Arbeiterfragen. Die Funktion des Herrn Giesberts ist auf seinen eigenen Wunsch so gestaltet worden, damit er sein Reichstagsmandat ohne Unterbrechung durch eine sonst notwendig werdende Abwesenheit ausüben kann.

By der Vorlage über die Neugestaltung des preussischen Herrenhauses sind im Herrenhaus Anträge auf Gewährung von Tagesgeldern, wie sie den Landtagsabgeordneten zustehen, eingebracht, obwohl eine Reihe von Mitgliedern dieser Frage gegenüber sich durchaus ablehnend verhält. Auch Wünsche auf Erweiterung des Rechts auf freie Eisenbahnfahrt sind laut geworden.

Der parlamentarische Beirat für Ernährungsfragen ist inaktiv geblieben, um mit dem Staatssekretär Waldow zu verhandeln, insbesondere auch über die Abschichtung der Schweine bis zum 15. Januar d. J., gegen die sich vielfach Widerspruch erhebt.

Oesterreich-Ungarn.

Die deutsch-österreichischen Wirtschaftsverhandlungen, die vor einiger Zeit in Berlin unterbrochen wurden, sind jetzt in Wien wieder aufgenommen worden. Bei den Verhandlungen herrscht die übereinstimmende Ansicht, daß die handelspolitische Verbindung beider Länder entsprechend der Gemeinschaft im Weltkriege die denkbar engste sein werde. Den Interessen der Vertragsschließenden werden gewiss beiderseits in weitesten Ausmaßen Rücksichtnahme gemacht werden. Ob eine Annäherung und Ausgleichung in solchem Grade schon auf der Grundlage eines regelrechten Handelsvertrages sich wird erzielen lassen, ist vorerst eine offene Frage. Jedenfalls versprechen die Verhandlungen einen guten Verlauf.

Belgien.

Die Änderungen im belgischen Kabinett stellen nach dem „Nieuwe Amsterdamse Courant“ eine weitere Franzöisierung der belgischen Regierung dar. Die neuen Männer sind sämtlich Gegner der Flamenfische. Minister de Broqueville scheint sich nicht gänzlich von den auswärtigen Angelegenheiten zurückgezogen zu haben, trotzdem dies allgemein erwartet wurde, da er sich durch seine ziemlich weitgehenden Annexionspläne, fast unmöglich gemacht hatte. Paul Hymans war vor dem Kriege Führer der gemäßigten Liberalen und während des Krieges belgischer Gesandter in London. Vorand hat sich während des Krieges durch seine Werbereise in Italien hervorgetan, daß er zum Kriege auszuheben versuchte.

Großbritannien.

Die Politik der Arbeiter nach dem Kriege wird von der englischen Arbeiterpartei in einem Programm zusammengefaßt, das demnächst der Parteikongress beschließen wird. Es heißt darin u. a.: Die neue Gesellschaftsordnung darf nur auf Gleichberechtigung und Verteilung, nicht auf aufgezogene Herrschaft oder unterworfenen Völkern, unterworfenen Kolonien, unterworfenen Klassen, auf die Rechtlosigkeit der Frauen, sondern gleiche Freiheit gegründet sein. In dem Programm wird die allgemeine Einführung von Mindestlöhnen und die Verschaffung von Arbeitsgelegenheit für die Soldaten und Arbeiter bei der Demobilisierung empfohlen. Die Arbeitszeit soll auf 48 Stunden pro Woche beschränkt werden. Der Vergütung

das Eisenbahnweien, das Elektrizitätsweien und die Versicherung sollen verstaatlicht werden. Die Einführung von Schulgeldern wird abgelehnt und dafür eine Besteuerung des Kapitals gefordert.

Schweden.

Eine Note des Stockholmer Bureaus der „Freunde der irischen Freiheit“ (New York), die allen Gesandtschaften in Stockholm überreicht worden ist, lenkt die Aufmerksamkeit sämtlicher zivilisierten Regierungen auf die internationale Bedeutung einer sofortigen Lösung der irischen Frage, die den Wünschen des irischen Volkes entspricht. Der Note ist eine Denkschrift beigelegt, die für den Arbeiter- und Soldatenrat in Petersburg und die Internationale Sozialistenkonferenz in Stockholm bestimmt war. Eine ähnliche Note ist dem päpstlichen Nuntius Monsignore Pacelli in München zur Weitergabe an den Papst zugegangen. Die Simsfelder und die Unterzeichner der Stockholmer Note verlangen, daß die englische Regierung mit den Ideen, die sie in ihrem politischen Kampf gegen die Mittelmächte tagaus, tagein im Grunde führt, im eigenen Hause Ernst mache. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker nehmen die Iren auch für sich in Anspruch, weil sie in einer Jahrhunderte langen Erfahrung erkannt haben, daß sie als Volk zum Tode verurteilt sind, wenn sie sich nicht selbst von ihren Unterdrückern befreien, die ihnen keine Bein erripen haben.

Rußland.

Die Veröffentlichung der Geheimdokumente wird von der Petersburger Regierung fortgesetzt. Die neuesten Dokumente zeigen, wie China mit allen Mitteln von den Verbündeten in den Krieg gezwungen worden ist. Sie weisen ferner nach, daß Japan seit Ausbruch des Krieges bestrebt war, alle Rechte Deutschlands in China an sich zu bringen. In allen Depeschen des russischen Botschafters steht die Bemerkung immer wieder, daß Japan in händiger Sorge wegen eines russischen Sonderfriedens sei.

Spanien.

Die Lösung der innerpolitischen Krise ist nunmehr durch einen Vertrag des Königs eingestellt worden, der die Kammer auflöst. Die Neuwahlen sollen am 17. Februar stattfinden und die neue Kammer soll am 11. März zusammengetreten. Die aus französischer Quelle stammenden Gerüchte, daß die Republikaner die Neuwahlen zu einem Vorstoß gegen das Regierungssystem benutzen wollen, entfallen nach spanischer Darstellung nicht den Tatsachen.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 4. Jan. Der Kaiser hat den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. v. Dandl in Audienz empfangen. Später wurde Ministerpräsident Dr. v. Dandl zur Bräutigamsfeier gezogen.

Berlin, 4. Jan. Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Graf Roederer ist für die Dauer der Erkrankung v. Bayers als Stellvertreter des Reichskanzlers tätig.

Berlin, 4. Jan. Unterstaatssekretär a. D. v. Graevenitz wird Ende des Monats die Leitung der Reichsgeldstelle übernehmen.

Berlin, 4. Jan. Die Mitglieder der ägyptischen Nationalpartei haben einen Appell an den Präsidenten der Verhandlungen in Bresch-Litowsk gerichtet, in dem sie Befreiung Ägyptens im Sinne des Nationalitätenprinzips verlangen.

Berlin, 3. Jan. Reichstagspräsident Dr. Kaempf hat aus Anlaß des Jahreswechsels an den Kaiser ein Telegramm gerichtet, in dem er der Siegesauferst des Volkes Ausdruck gibt. Der Kaiser antwortete in huldvollen Worten.

Berlin, 3. Jan. Großmeister Talaat Pascha ist hier eingetroffen, um sich nach Bresch-Litowsk zu begeben.

Bresch-Litowsk, 3. Jan. Eine ukrainische Deputation, die hier eingetroffen ist, wird an den Friedensverhandlungen teilnehmen.

Berlin, 3. Jan. Das preussische Abgeordnetenhaus ist am 15. Januar einberufen worden. Die erste Sitzung wird sich besonders mit dem Frauenwahlrecht beschäftigen.

Wien, 3. Jan. Kaiser Karl empfing gestern den Minister des Innern Grafen Czernin in besonderer Audienz.

Wien, 3. Jan. Der polnische Ministerpräsident Rucharski ist nach Warschau abgereist.

Wien, 4. Jan. Die Mitglieder des Lichenverbandes sind am 15. Januar zu einer Sitzung einberufen worden, in der angeblich eine Friedensfundgebung erfolgen soll.

Amsterdam, 4. Jan. Nach einer Neumeldung hat die maximalistische Regierung W. D. Wittoom zum russischen Botschafter in London ernannt.

Amsterdam, 4. Jan. Der griechische Kriegsrat hat die Verhaftung von Z. Rufae, dem Gouverneur von Kreta, befohlen, der früher Anhänger von Venizelos, jetzt aber Parteigänger der Monarchisten war.

Berlin, 4. Jan. Die Befreiung eines deutschen Dampfers auf dem Bodensee ist auf ein Versehen des Schweizer Postens zurückzuführen. Die Schweiz wird Deutschland ihre Entschuldigung aussprechen und den Schaden vergüten.

Genf, 4. Jan. Das Pariser Kriegsgericht hat den vom Militärkommandanten beantragten Haftbefehl gegen Caillaux bis zum Ablauf des Verfahrens aufgeschoben.

Buenos Aires, 4. Jan. Die Verhandlungen wegen Kauf der Ernte schreiten gütlich fort. Spanien und die Schweiz wollen 600 000 Tonnen Getreide kaufen.

Rotterdam, 4. Jan. Der Fleischmarkt in England wird mit jedem Tage knapper. An verschiedenen Orten wurde gestern um die Vorräte gekämpft.

Stockholm, 4. Jan. Die Radikelpartei hielt in Petersburg mehrere stark besuchte Versammlungen ab, in denen die Redner behaupteten, die Ereignisse der letzten Wochen seien nur im Interesse Deutschlands gewesen.

Osaka, 4. Jan. Lord Alton, der englische Ernährungsminister, teilte in einer Rede in London mit, daß binnen kurzem die Zwangsrationierung eingeführt werde.

Rotterdam, 4. Jan. Der englische Vizekonsul Sir Cecil A. Spring-Rice ist zurückgetreten. Die Politik erleidet dadurch keine Änderung.

Basel, 3. Jan. Ancheinend infolge der Maßregel Kaledins, der die Zufuhren in die von Maximalisten besetzten Gebiete gesperrt hält, ist die Protration in Petersburg auf 300 Gramm für zwei Tage festgesetzt worden.

Warschau, 3. Jan. Der polnische Regent Schastkat wird am 7. Januar in Berlin eintreffen.

Petersburg, 3. Jan. In der ersten Sitzung des deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses ist bestimmt worden, daß erste über die Einrichtung von Post-, Telegraphen- und Eisenbahnverkehr zu verhandeln. Für diese drei Gegenstände sind Unterausschüsse gebildet worden.

Genf, 3. Jan. Der französische Ministerpräsident gestattete, um dem Kohlenmangel zu steuern, den Bräseken die während des Sommers angelegten Kohlenreserven an die Bevölkerung zu verteilen.

Zwischenfall in Brest-Litowsk.

Verhandlungen im Hauptauschuß.

A. Berlin, 3. Januar.

Im Reichstage herrschte heute vormittag bereits reges Leben. Sämtliche Fraktionen bis auf die Gruppe der Deutschen Fraktion waren zu Sitzungen erschienen, die sich natürlich mit den Verhandlungen in Brest-Litowsk beschäftigten.

Mit Rücksicht auf die Fragen, die zur Erörterung stehen, ist man auf Seiten der Mehrheitsparteien der Meinung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in den besetzten Gebieten nicht durch ein eigentliches Plebiszit, sondern durch parlamentarische Repräsentanten auszusprechen zu lassen, die auf einer breiten demokratischen Grundlage gebildet werden sollen. Die Zurückziehung der Truppen aus den besetzten Gebieten möchte man im Einvernehmen mit den militärischen Stellen nach einer bestimmten, nicht zu lange ausgedehnten Frist, die von der russischen Demobilisierung abhängen würde, vornehmen lassen. Der Grundgedanke der Mehrheitsparteien ist der, einen solchen Frieden — Sonderfrieden — zustande zu bringen, der auch bei einer späteren nichtbolshewistischen Regierung keinerlei Revanchegedanken Raum lassen würde.

Die Frage der Teilnahme der Grenzvolker, die noch in der Schwebelage war, ist am heutigen Tage gelöst worden. Staatssekretär v. Kühlmann hat seine Bereitwilligkeit erklärt, mit den Vertretern der Ukraine in Brest-Litowsk zu verhandeln. Die Ukrainer werden wahrscheinlich ein Dekret über die Selbstständigkeit der Ukraine überreichen. Die Wünsche der Polen nach einer Vertretung in Brest-Litowsk seien in Wien und Berlin wohlwollend geprüft worden. Es wird den Polen ermöglicht werden, bei gewissen Sonderfragen durch Sachverständige ihre Anschauung vortragen zu lassen.

Vorläufig keine Vollkzungen.

Der Älteste-Ausschuß des Reichstages tagte heute nachmittag und beschäftigte sich mit den sozialdemokratischen Anträgen zur sofortigen Einberufung des Reichstages. Beschlossen wurde, vorläufig von Vollkzungen abzusehen. Für den Hauptauschuß sind einstweilen vier Sitzungen vorgesehen, die jedoch möglichst kurz gehalten werden sollen, damit die Abgeordneten Gelegenheit haben, sich in den Fraktionsitzungen auszupressen.

Die erste Ausschusssitzung.

Die Verhandlungen des Hauptauschusses wurden mit Hoffnungen auf einen guten Frieden eröffnet vom Vorsitzenden Abgeordneten Fehrenbach vom Zentrum. Bringend o. Schönath-Carolath wurde zum Berichterstatter für das Plenum bestimmt.

Reichsfanzler Graf v. Hertling erkannte das Bedürfnis des Reichstages an, mit der Regierung über die Vorgänge in vertrauensvoller Fühlung zu bleiben. Die jetzigen Mitteilungen gelten für die Vergangenheit und heute, ob sie morgen noch gelten werden, wissen wir nicht. Zwischenfälle sind nicht ausgeschlossen. Doch sind gute Hoffnungen vorhanden, die Verhandlungen zu befriedigendem Ende zu führen.

Unterstaatssekretär vom Auswärtigen Amt v. d. Busche in Vertretung des in Brest-Litowsk weilenden Staatssekretärs v. Kühlmann gibt zunächst einen geschichtlichen Überblick. Gewisse Schwierigkeiten seien entstanden durch die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker, die in den Vordergrund getreten sei, da Russland gegenüber Finnland dieses Recht zugesprochen habe. Dann gab der Unterstaatssekretär vertrauliche Aufklärungen wirtschaftlicher Natur. Der Ausschuss begann darauf die Besprechung der politischen Fragen.

An die Mitteilungen des Unterstaatssekretärs von dem Busche knüpfte sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte, in der der Wunsch des Ausschusses, die Denkschrift von Rohrbach und Schiemann, die im Kriegsministerium ausgearbeitet sein soll, kennenzulernen, hervortritt. Abg. Erzberger (Bentz.) bringt zum Ausdruck, daß er mit den Erklärungen der deutschen Delegation in Brest-Litowsk einverstanden sei. Das Selbstbestimmungsrecht der in Frage kommenden Völkern müsse klar und offen zutage treten. Die Behandlung des litauischen Landesrates durch die Militärverwaltung sei nicht zu billigen und zu verstehen. Reichsfanzler Graf Hertling teilt mit, daß der litauische Landesrat in den nächsten Tagen zusammenzutreten werde. Er sei bereits im Dezember einberufen gewesen, habe aber selbst den Wunsch geäußert, die eigentlichen Sitzungen erst im Januar aufzunehmen. Abg. Dr. David (Soz.) weist darauf hin, daß das, was der Staatssekretär soeben mitgeteilt habe, längst allen bekannt gewesen sei. Man solle mit der Geheimdiplomatie endlich aufhören. Dann polemisiert er in der Frage des Selbstbestimmungsrechts gegen die Minderheiten. Das Selbst-

bestimmungsrecht der russischen Grenzvolker würde am besten durch demokratisch gewählte Volksvertretungen ausgeübt, denen auch die Landesverwaltung möglichst bald übertragen wäre. Nachdem ein Vertreter des Kriegsministeriums noch mitgeteilt hat, daß dort von einer Denkschrift der Herren Rohrbach und Schiemann nichts bekannt sei, wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

A. Berlin, 4. Januar.

Im Hauptauschuß des Reichstages nahm heute zunächst Graf Hertling (Soz.) das Wort zu der Erklärung, die in seiner Fraktion erste Bedenken bestehen wegen der Verhandlungen in Brest-Litowsk und insbesondere wegen des dort ausgesprochenen erneuten Friedensangebotes. Der Redner meinte, auch seine Fraktion wolle baldigen Frieden mit Russland, aber sie habe doch Bedenken wegen der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Darauf nahm

Reichsfanzler Graf Hertling

das Wort zu folgender unter allgemeiner Stille abgegebenen Erklärung:

Der Herr Redner hat die Güte gehabt, an das zu erinnern, was ich gestern am Schluß meiner kurzen einleitenden Worte gesagt habe, daß, was gestern galt, vielleicht heute nicht mehr gelten würde, und daß wir immer mit der Möglichkeit von Zwischenfällen zu rechnen hätten. Ein solcher Zwischenfall scheint jetzt eingetreten zu sein.

Schon früher hatte wiederholt während der Verhandlungen die russische Regierung den Wunsch ausgedrückt, daß die Verhandlungen von Brest-Litowsk verlegt und an einem neutralen Orte, etwa in Stockholm, fortgesetzt werden möchten. Jetzt ist dieser Vorschlag ausdrücklich gemacht worden. Die russische Regierung schlägt

eine Verlegung der Verhandlungen von Brest-Litowsk nach Stockholm

vor. Ganz abgesehen davon, daß wir nicht in der Lage sind, uns von den Russen Vorschriften über den Ort machen zu lassen, wo wir die Verhandlungen weiterführen wollen, darf ich darauf hinweisen, daß eine Verlegung nach Stockholm zu außerordentlich großen Schwierigkeiten führen würde. Ich will nur die eine Schwierigkeit anführen, daß wir die direkte Verbindung, die die verhandelnden Delegationen mit ihren Hauptstädten Berlin, Wien, Sofia und Konstantinopel und Petersburg haben müssen — die direkten Verbindungen, die in Brest-Litowsk angelegt sind, funktionslos machen würde. Schon dieser eine Punkt führt dazu, daß wir nicht darauf eingehen können.

Dazu kommt, daß die Minderheiten der Entente, Mikhaiken zu sein zwischen der russischen Regierung, ihren Vertretern und uns, dort neuen Boden gewinnen würden.

Ich habe daher den Herrn Staatssekretär v. Kühlmann beauftragt, diese Vorschläge abzulehnen.

Inzwischen sind in Brest-Litowsk Vertreter der Ukraine eingetroffen, und zwar nicht nur als Sachverständige, sondern mit Vollmachten zu Verhandlungen ausgestattet. Wir werden ganz ruhig mit den Vertretern der Ukraine weiterverhandeln.

Ich füge noch hinzu, daß von Petersburg mitgeteilt worden ist, die russische Regierung könne auf Punkt 1 und 2 unserer Vorschläge nicht eingehen. Diese beiden Punkte beziehen sich auf die Modalitäten der Rücknahme der Gebiete und die Vornahme der Volksabstimmung. In der russischen Presse wird und läuft, daß in diesen Punkten 1 und 2 ausgebracht sei, wie wir uns in inhärenter Weise unserer Aufgabe betreffend das Selbstbestimmungsrecht der Völker entziehen wollen. Ich muß diese Insinuation zurückweisen. (Bravo!) Punkt 1 und 2 sind lediglich für die praktischen Erwägungen bestimmt. Wir können davon nicht abgehen.

Ich glaube, meine Herren, wir können getrost abwarten, wie dieser Zwischenfall weiter verlaufen wird. Wir hängen uns auf unsere Nachsicht, auf unsere lokale Gesinnung und auf unser gutes Recht.

Auf Vorschlag der Abgg. Fischbeck (Sp.) und Scheidemann (Soz.) wurde darauf die Verhandlung des Hauptauschusses auf morgen vormittag 10 Uhr angesetzt.

Die Stellung der Parteien.

Nach der Vertagung des Hauptauschusses traten die Parteien zusammen, um zu der Erklärung des Grafen Hertling Stellung zu nehmen. Wie von parlamentarischer Seite erklärt wird, steht die Mehrzahl der Abgeordneten auf dem Standpunkte der Regierung und hält es mit der Würde der Mittelmächte für unvereinbar, auf die Forderung der russischen Regierung, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen, einzugehen.

An den leitenden Stellen wird der Zwischenfall in Brest-Litowsk mit jener Ruhe und Gelassenheit beurteilt, die sich bei unserer günstigen militärischen Lage von selbst verstehen. Man war auf Schwierigkeiten und Überforderungen gefaßt. Man wartet deshalb ohne Ungebuld die weiteren Entschlüsse der russischen Regierung ab. Gesehen den Fall, die Petersburger Regierung bräche die Verhandlungen auf Grund unserer Erklärungen ab, so wäre unsere militärpolitische Lage unverändert. Einstweilen geben sowohl die Verhandlungen in Petersburg, als auch die mit den Vertretern der Ukraine in Brest-Litowsk weiter.

In der letzten Stunde.

Allerlei Verhandsmänner.

Es war voranzusehen, daß die Presse der Verbändmächte alle Kräfte aufwenden würde, um die klare Lage in Brest-Litowsk zunächst nach Möglichkeit zu verwirren. So gibt eine Kopenhagener Meldung die Meinungsänderung des Petersburger englischen Vizekonsuls Buchanan wieder.

Danach soll der Vizekonsul in seinem letzten Bericht an Lord George darauf hingewiesen haben, daß es keinen anderen Ausweg gäbe, als gemeinsam mit Russland die Friedensverhandlungen einzuleiten.

Zu gleicher Zeit meldet ein Amsterdamer Blatt, die Londoner „Daily News“ veröffentlicht einen längeren Artikel zur Lage, in dem der Petersburger Korrespondent des Blattes schreibt:

Nach meiner Überzeugung können die deutschen Friedenspläne nur dadurch vereitelt werden, daß wir Friedensbedingungen bekanntgeben, die sich natürlich

genau mit den russischen Bedingungen decken, um dann an der Friedenskonferenz teilzunehmen und gleichzeitig die demokratische Bewegung in Deutschland zu unterstützen.

Am 4. abends läuft die von den Mittelmächten den Gegnern gestellte Frist zur Antwort ab; noch aber haben sie — am Vorabend der Entscheidung — sich nicht schlüssig gemacht, wer antworten soll, ob Wilson, Clemenceau oder Lloyd George. Die „Times“ weiß nur zu berichten, daß die Antwort der Mittelmächte „wahrscheinlich eine neue Aufstellung der Kriegsziele in Form eines Aufrufes an die feindlichen Völker“ enthalten werde. Daß dieses Mittel nicht verfehlt, weiß man im Vierverband. Völker und Regierungen der Mittelmächte sind eins. Der klare Wortlaut des Vertrages von Brest-Litowsk macht alle Winkelzüge der Entente zunichte. Der Abend des östlichen Januartages wird über Krieg oder Frieden entscheiden.

Brest-Litowsk in der Berliner Presse.

Berlin, 4. Januar.

Zu dem Zwischenfall in Brest-Litowsk schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“ halboffiziell:

Die Verhandlungen sind hervorgegangen aus dem Friedensbedürfnis auf russischer Seite, und die Russen werden in ihrem Interesse überlegen müssen, wie das Zustandekommen des Friedens am schnellsten und sichersten zu erzielen ist. Das für den Weg zum Frieden und die Freiheit zu seiner Durchführung nicht einseitig russische Wünsche maßgebend sein können, sondern auch der Standpunkt der Gegenseite Geltung beansprucht, ist selbstverständlich. Dieser Begriff liegt eben in dem Worte „Verhandlungen“.

Zu der Forderung der russischen Unterhändler, die weiteren Verhandlungen in Stockholm stattfinden zu lassen, wird im Berl. Tagebl. auf die Tatsache hingewiesen, daß dahingehende Wünsche schon vorher von russischer Seite geäußert wurden, allerdings weniger förmlich, gleichsam unter der Hand. Von deutscher Seite wurden diese Vorschläge abgelehnt. Wenn nun heute daraus plötzlich eine Hauptfrage gemacht wurde, so könnte man darin nur einen Vorwand erblicken.

Die Deutsche Tageszeitung wendet sich in ihrer Besprechung des Zwischenfalles gegen die soziale und bürgerliche Demokratie:

Interessant wäre die Frage, wie sich die deutsche Sozialdemokratie in Wirklichkeit, d. h. hinter den Kulissen, zu dieser Sache gestellt hat und stellt. Überhaupt dürfte, beiläufig bemerkt, im Laufe dieser und späterer Verhandlungen immer deutlicher die hier stets behauptete Tatsache hervortreten, daß, und mit welchem Eifer die deutsche Sozialdemokratie und ein großer Teil der Demokratie nicht nur gegen Nachvermehrung des Deutschen Reiches, sondern gegen Erhaltung desselben, Wiedererringung seiner Machtstellung arbeitet. Die Sozialdemokratie wird ihre ganze Scheinmacht zur Verwirklichung dieser ihrer Zwecke einsetzen.

Eine andere Tonart schlägt die „Voss. Ztg.“ an, indem sie die Vorschläge vom 25. 12. den Vorschlägen vom 23. 12. entgegenstellt:

Der Hauptauschuß, der nunmehr sehr wohl in der Lage ist, die möglichen Konsequenzen der jüngsten Regierungspolitik zu übersehen, hat jetzt die erste Bilanz, die Rückkehr auf seinen Weg zu fordern, der durch die deutschen Vorschläge vom 25. Dezember klar eindeutig vorgezeichnet, der aber am 23. Dezember wieder verlassen worden ist. Der Ausschuss hat die Bilanz, daß er nicht durch eine Fortsetzung dieses Absehwertens die politische Führung aus der Hand der Entente gleite, was nicht nur eine Vergrößerung, sondern vor allem eine grundsätzliche Verschlechterung des Friedens, auch im Sinne seiner Dauerhaftigkeit zur Folge haben müßte.

Im übrigen weiß dieses liberale Blatt mitzutellen, daß sowohl in parlamentarischen Kreisen, wie auch bei anderen berufsmäßigen Kennern der internationalen Politik die Überzeugung herrsche, daß der Versuch, zu einem Frieden mit Russland zu gelangen, noch keineswegs als gescheitert angesehen werden muß.

Das selbständige Finnland.

Russland erkennt die neue Republik an.

In seiner Antwort auf das Ersuchen der finnischen Regierung bezüglich der Anerkennung der Unabhängigkeit der finnischen Republik, bringt der Rat der Volkskommissare in voller Übereinstimmung mit dem Grundsatze der freien Selbstbestimmung der Nationen im ausführenden Hauptauschuß folgendes in Vorschlag: 1. Anerkennung der politischen Unabhängigkeit der finnischen Republik. 2. In Übereinstimmung mit der finnischen Regierung Einsetzung eines Sonderausschusses von Vertretern beider Parteien zur Ausarbeitung derjenigen Maßnahmen, die sich aus der Trennung Finnlands von Russland ergeben. Die Selbstständigkeit und Unabhängigkeit Finnlands ist damit eine vollzogene Tatsache.

Einigung zwischen Russland und der Ukraine.

Nach Mitteilungen der Abordnung, die von Kiew zurückgekommen ist, wo sie in dem Zwist zwischen der Macht der Sowjets und der Mada freundschaftlich vermittelte, wird die Möglichkeit festgestellt, daß der Zwist freundschaftlich beigelegt wird. Die Zentralkommission beabsichtigt, das Ultimatum des Rates der Volkskommissare zu erfüllen, vorausgesetzt, daß die Ukraine mit Geld versorgt wird und ein amtliches Dekret die Republik der Ukraine anerkennt. Wie die Abgeordneten sagen, wird die Ukraine die Getreideausfuhr nach Groß-Russland nicht sperren.

Japan und die Maximalisten.

Wie das „Berliner Tageblatt“ von besonderer Seite aus Tokio erfährt, hat die japanische Regierung beschlossen, die diplomatischen Beziehungen zur neuen russischen Regierung in vollem Umfang wieder aufzunehmen. Der japanische Vizekonsul wird nächster Tage in diesem Sinne Erklärungen in Petersburg abgeben. — Diese Nachricht wurde von der Entente bisher zur Veröffentlichung nicht freigegeben.

Die Gesetzgebende Versammlung.

Einigung der Parteien?

Stockholm, 4. Januar.

Das russische Blatt „Nowaja Sibir“ berichtet, die Bolschewiki hätten ihre Stellung zur Gesetzgebenden Versammlung verändert. Diese solle jetzt am 4. Januar zusammenzutreten unter der Bedingung, daß ihre nicht bolschewistischen Mitglieder die Bolschewikiregierung anerkennen.

Sonnenlaufgang 8° (8^h) Mondlaufgang 11° (11^h) B. Sonnenuntergang 3° (4^h) Monduntergang 11° (11^h) B. 6. Januar, 1834. Kompositi. Max. Bruch geb. — 1871. Der 11. Januar. Krieg: Operationen gegen de Mont. — 19. Annahme der Wehrpflichtvorlage im englischen Unterhaus in erster Lesung. — 1917. Russische Niederlage im Raum Tschani-Bundel. 7. Januar, 1830. Englischer Maler Sir Thomas Lawrence gest. — 1845. König Ludwig III. von Bayern abg. — 1917. Russischer Vorkrieg bei Riga. — Die rumänische Stellung bei Rostok-Tschani wird von den deutschen Truppen durchbrochen.

Mit dem gestrigen Tage sind 477 Mitglieder der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt worden, darunter 296 Sozialrevolutionäre und 188 Maximalisten.

Petersburg und die Ukraine.

Wie die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, gewinnt die Regierung der Sowjets in der Ukraine dauernd Ansehen. In Jekaterinoslaw befindet sich die Macht vollständig in den Händen der Sowjets. Die Vorbereitungen zur Abwendung von Getreide nach dem Norden werden beschleunigt.

Tas neue Geland.

Nach einer Mitteilung des Finnischen Büros in Stockholm ist durch Verfügung der Petersburger Regierung Narva, die frühere Hauptstadt Ingmanlands, dem Gebiet Estlands angegliedert worden. Sofortige Maßnahmen zur Verwaltungs-Zentralisation der bisher nicht zusammenhängenden Ortschaften von Narva, Zwangorod, Joachimsdal und Ardenholm nebst ihrer Teilnahme an den Arbeiten der estnischen Nationalversammlung sind angeordnet worden. — Damit hat die estnische Grenze den Narvafluß überschritten.

Rumänische Verschwörer.

Der Petersburger Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten gibt bekannt, daß die Rumänen einen Revolutionärsausschuß, der in Dorle Keowo und anderen Orten Verhabschens Ordnung geschaffen hatte nach Jassy einlud. Dort wurden jedoch alle Mitglieder des Ausschusses festgenommen und mit Erschießung bedroht. Die Petersburger Mitteilung, die kommenden Protest gegen dieses Vorgehen erhebt, ist: Wir halten es für dringend geboten, die rumänische Gesandtschaft zu benachrichtigen, daß die russische Republik keinerlei Unterdrückung mehr dulden wird nicht nur gegen russische Revolutionäre, sondern auch gegen rumänische Revolutionäre und Sozialisten. Jeder rumänische Soldat, Arbeiter und Bauer findet die Unterstützung der Macht der russischen Sowjets gegen die Willkür der reaktionären rumänischen Bürokratie. Wir erwarten es für nötig, den rumänischen Behörden mitzuteilen, daß die Macht der Sowjets auch vor den schärfsten Maßnahmen gegen die rumänischen Verschwörer und Gegenrevolutionäre, die Verräter der Kaledin, Tscherbatschew und der Rada nicht zurückschrecken wird.

Kaledins Schreckensherrschaft.

Aus Petersburg wird berichtet: In den Kosaken-gegenden führt Kaledin eine Regierung als Diktator. Es haben bereits Kämpfe zwischen Anhängern dieser Regierung und Kosaken, die von Kaledin abgefallen sind, stattgefunden.

Deutscher Heeresbericht.

Mitteilungen des Deutschen Telegraphen-Bureaus Großes Hauptquartier, 3. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf. — Nahe an der Küste wurden bei gelungener Unternehmung Gefangene gemacht. Französische Vorküsten in der Champagne nördlich von Broennes und nördlich von Le Mesnil schickten in unserer Feuer.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. An der macedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff. Großes Hauptquartier, 4. Januar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nach an der ganzen Front kam es zu lebhaften Kämpfen der beiderseitigen Artillerien. Klare Frostwetter begünstigte ihre Tätigkeit.

Bei englischen Vorküsten, die östlich von Opern und nördlich vom La Bassée-Kanal schickten, sowie bei eigenen erfolgreichen Unternehmungen südlich von Rouvres und in der Champagne wurden Gefangene und einige Maschinen-gewehre eingebracht.

Seit dem 1. Januar verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abschuss von der Erde 23 Flugzeuge und 2 Fesselballone. Oberleutnant Vörger errang seinen 20. Luftsieg.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues. An der macedonischen und italienischen Front keine besonderen Ereignisse.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Folgen von Cambrai.

Infolge der englischen Niederlage bei Cambrai sind, nachdem der erste englische Anfangserfolg auf dem dortigen Schlachtfelde vorzeitig in London unter Glockengeläut und in Medien Lloyd Georges als größter Sieg des Jahres gefeiert wurde, nunmehr sechs englische Generale und eine große Anzahl englischer Generalstabsoffiziere abberufen worden.

Neujahr an der englischen Front.

Nach einem Bericht der Londoner „Times“ wurde das neue Jahr von den britischen Truppen an der Westfront mit einem plötzlichen Orkan von Geschützfeuer eingeleitet. Um Mitternacht wurden zwölf Salven aus zwölf Batterien abgegeben. Dabei wurden bestimmte Punkte systematisch beschossen, während die leichten Geschütze einen Regen von Schrapnells über das ganze Gelände niederließen. Die Deutschen antworteten auf dieselbe Weise, indem sie mehrere Minuten lang Gordinerfeuer abgaben.

Neue U-Boots-Erfolge.

Wieder 24000 Tonnen.

Amstich wird gemeldet: Am St. Georges- und Beistolkanal wurden durch U-Boote 7 Dampfer und 1 Segler mit rund 24000 Br. Reg. T. vernichtet.

Unter den Schiffen befand sich der bewaffnete englische Dampfer „Charleston“ mit Kohlenladung und vier schwer beladene bewaffnete Dampfer, von denen zwei offenbar Munition als Ladung hatten, da sie nach auffallend schwerer Defonation sanken. Vom englischen Dampfer „Charleston“, der durch die Artillerie des U-Bootes niedergelassen wurde, ist ein Geschütz erbeutet worden. Zwei Leute der Besatzung bedienung wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Amstich wird gemeldet: Durch unsere U-Boote wurden im Englischen Kanal und Atlantischen Ozean neuerdings vier Dampfer, drei Segler und zwei Fischereifahrzeuge vernichtet.

Darunter ein bewaffneter, tiefbeladener Dampfer, ferner der englische Schoner „Broba“ mit Kohlen von Swansea nach Überbourg, der portugiesische Schoner „Aportugesa“ mit Salzlading nach Frankreich, sowie der portugiesische Fischdampfer „Argos“. Von den übrigen vernichteten Dampfern hatte einer Stahlschiffe von Swansea nach Überbourg geladen; ein anderer Dampfer wurde aus einem gesicherten Geleitzug herausgeschossen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Eine schauerhafte Tatsache.

Nach der amerikanischen Zeitung „Public Ledger“ ist aus Angaben des Leiters des englischen Schiffsverkehrs, Sir Marlow, zu ersehen, daß seit dem 25. Februar in hiehemonatliger Unterwasserfahigkeit die Deutschen mehr als 5 Millionen Tonnen englischer Handelschiffe vernichtet haben und dazu nahezu 1 Million Tonnen sonstigen feindlichen und neutralen Handelsverkehrs. Die Zeitung erklärt, diese Zahlen beweisen, daß die Deutschen ihrer Verheerung in unangenehmer Weise nahe gekommen sind und fast noch hinzu: Die Bedeutung dieser schauerhaften Tatsache sollte sich das amerikanische Volk vor Augen halten.

Die Angaben MacLans bestätigen erfreulicherweise die Angaben des deutschen Admiralsstabes und zeigen uns, daß ein guter Teil des vernichteten, bisher als neutral oder sonst feindlich angesehenen Schiffsverkehrs, ebenfalls auf englische Rechnung zu schreiben ist. Was sagen Lloyd George und Sir Weddell zu diesen Angaben ihres Ministerkollegen?

Archangelsk geräumt.

Wie ein Amsterdamer Blatt aus London meldet, haben die englischen Schiffe Archangelsk verlassen, nachdem die 2. 3. die die Verbündeten dort eingerichtet hatten, abgezogen und eingeladen worden waren. Die verlassene, sind auch die französischen Schiffe aus dem Eismeer verschwunden.

Diese Meldung ist mit Vorbehalt aufzunehmen, da der Hafen von Archangelsk seit Wochen bereits zugefroren ist.

Generalfeldmarschall v. Woyrsch.

Danktelegramm des Kaisers.

Aus Anlaß der Beförderung zum Generalfeldmarschall hat der Kaiser an den Oberbefehlshaber v. Woyrsch ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: Der heutige Tag, an dem Sie den Oberbefehl über die nach Ihnen benannte Heeresgruppe niederlegen, gibt mir erneuten Anlaß, Ihnen meinen und des Vaterlandes wärmsten Dank für alle die Verdienste auszusprechen, die Sie sich um seine Verteidigung erworben haben. In drei heldenhaften Jahren haben Sie Ihr Leben der schönsten Ehrenpflicht des Soldaten weihen.



Meinem kaiserlichen Dank und meiner besonderen Anerkennung Ihrer vorbildlichen Leistungen will ich dadurch Ausdruck geben, daß ich Sie zum Generalfeldmarschall befördere. Möge es Ihnen recht lange vergönnt sein, sich dieses glanzvollen Abchlusses Ihrer ruhmreichen militärischen Laufbahn zu erfreuen, umgeben von dem treuen Schickselsvolke, das in Ihnen den Schützer seiner engeren Heimat verehrt.

Der neue Generalfeldmarschall, der neunte dieses Ranges in der preussischen Armee, kam bei seinem nunmehr erfolgten Austritt in den Ruhestand auf ein überaus erfolgreiches dreieinhalbjähriges Wirken als Heerführer zurück. Als Führer des Landwehrkorps erwarb er sich in den schweren Kämpfen des Sommers und Herbstes 1914 in Polen und Galizien unvergänglichen Ruhm. Im folgenden Jahre, nunmehr bereits als Führer einer Armeeabteilung, hatte v. Woyrsch mit seinen Truppen hervorragenden Anteil an der Eroberung von Polen. Seitdem hat v. Woyrsch, seit 1916 als Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe, in zahlreichen Kämpfen die Angriffe der Gegner auf die deutsche Stellung fest und zurückgeschlagen, bis hin jetzt die Waffenruhe im Osten von seiner Außerordentlichen hat.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 3. Jan. In den nächsten Tagen werden aus dem Gefangenenlager in Muehlen 300 zivilisiertere Engländer über Holland ausgetauscht. Es handelt sich dabei um Leute, die über 45 Jahre alt sind und um Kranke.

Hannover, 3. Jan. Generalfeldmarschall v. Hindenburg beauftragte einen Reichswehrminister des Reiches mit einem Telegramm, in dem er die Aufmerksamkeit auf einen der schweren Opfer würdigen Frieden Ausdruck gibt.

Konstantinopel, 3. Jan. Aus dem Gebiet von Kiden wird gemeldet, daß das Gebiet völlig ruhig ist. Ein Versuch der Engländer, Marinekruppen bei Dodekda zu landen, scheiterte.

Amsterdam, 3. Jan. Der „Manchester Guardian“ drückt in einem längeren Artikel die Hoffnung aus, daß Lloyd George das Land von den Beschäftigten der Pariser Wirtschaftskonferenz (Wirtschaftskrieg nach dem Frieden) befreien werde.

Osaka, 3. Jan. Trotz des Einspruchs von allen Seiten wird das englische Luftministerium in das britische Museum verlegt werden.

Yugano, 3. Jan. Die römische „Goca“ berichtet, der Minister des Innern habe strenge Vorschriften für die Interaktion aller noch in Italien befindlichen Deutschen, Österreicher und Ungarn erlassen.

Wien, 4. Jan. Der Kaiser hat gestattet, daß der in Kriegsgefangenschaft geratene Kommandant der italienischen Geleitzgruppe auf dem Monte Castello Gomberto, Major Cavalliere Boffa, in Anerkennung seines tapferen Verhaltens auch in der Kriegsgefangenschaft seine Seitenwaffe tragen darf.

Kopenhagen, 4. Jan. Riksbank Bureau erklärt, daß die finnische Abordnung heute vom Minister des Innern empfangen wurde und morgen beim König eine Audienz haben wird.

Osaka, 4. Jan. Bei der Vernichtung des Geleitzzuges am 12. Dezember und bei der Versenkung des Hilfskreuzers „Furukawa“ sind nach amtlicher englischer Mitteilung insgesamt 254 Angehörige der Marine ums Leben gekommen.

Amsterdam, 4. Jan. Die Untersuchung der Scherben der am 23. Dezember auf Goos abgeworfenen Bomben hat ergeben, daß es sich um englische Fabrikate handelte. Der holländische Gesandte in London wird weitere Erhebungen bei der dortigen Regierung fordern.

Amsterdam, 4. Jan. Nach Londoner Meldungen ist Admiral Sir Sturdee, der die englische Flotte in der Schlacht bei den Falklandsinseln befehligte, zu einem wichtigen Posten ausserhalb.

Bern, 4. Jan. Der auf französischem Boden eingetroffene General Sarraut verweigerte gegenüber Journalisten jedwede Auskunft über seine Abhebung.

Schlusssdienst.

Draht- und Korrespondenz-Meldungen.

Vereihung des Schwarzen Adlerordens.

Berlin, 4. Jan. Der Kaiser hat dem General der Artillerie v. Gollwisch, Oberbefehlshaber der 5. Armee, und dem General der Infanterie Sir v. Krumm, Oberbefehlshaber der 4. Armee, den Orden vom Schwarzen Adler verliehen.

Ungarisch-deutsche Wirtschaftskonferenzen.

Budapest, 4. Jan. Der ungarische Ministerpräsident Wessely reist in den nächsten Tagen nach Berlin, um hier mit der deutschen Regierung Konferenzen, die im Zusammenhang mit den Handelsvertragsverhandlungen stehen, abzuhalten.

Die englischen Niesenerluste.

Osaka, 4. Jan. Im britischen Unterhaus sagte der Abgeordnete Dugan, daß die englischen Verluste im Jahre 1917, mit Einschluß der Schlacht von Cambrai, 850 000 Mann betragen haben. Seit Kriegsbeginn betrafen sich die Verluste auf mehr als 2 Millionen, darunter mindestens 750 000 Tote.

Ein verurteilte gegenrevolutionäre Erhebung.

Stockholm, 4. Jan. Die Volkskommissare haben festgestellt, daß für den 31. Dezember ein großer gegenrevolutionärer Aufstand in Petersburg vorbereitet war. Es konnten aber noch rechtzeitig Gegenmaßnahmen getroffen werden.

Vuchanan auf der Heimreise.

Rotterdam, 4. Jan. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London vom 3. Januar, daß der britische Vorkämpfer Buchanan krankheitsbedingt Petersburg verlassen habe. Die britische Kriegsmission sei ebenfalls abgereist.

Verhaftung Tscherbatschew.

Kopenhagen, 4. Jan. Nach Meldungen aus Petersburg ist General Tscherbatschew mit seinem Stabe verhaftet worden. Der General wird sich vor einem Revolutionsgericht zu verantworten haben. Tscherbatschew galt bisher als bolschewistischer.

Privateigentum bleibt unangetastet.

Stockholm, 4. Jan. Der russische Finanzkommissar Menschinski sprach sich der Presse gegenüber über die Beschlagnahme der Privatbanken aus. Er erklärte, daß die Beschlagnahme nur erfolge zur Verhinderung der Spekulation. Privateigentum wird nicht verlegt.

Günstige Wendung für Gailburg.

Genf, 4. Jan. Die militärische Untersuchung im Gailburg-Prozess hat bisher nichts ergeben, was den Angeklagten besonders belasten könnte. Alles, was im Hauptverhör festgestellt wurde, war auch schon der Kammer bekannt. Clementaus Anhang beginnt infolge dieser für Gailburg günstigen Wendung kleinlaut zu werden.

Italien in Nöten.

Zürich, 4. Jan. Nach Meldungen aus Rom geht aus den letzten Verhandlungen im italienischen Senat hervor, daß Italiens Lebensmittelversorgung nicht einmal für die nächsten Wochen gesichert ist. Der Lebensmittelkommissar verurteilt die Lage zu erklären, konnte aber keine ernsthafte Aufsicht einer baldigen Besserung der kritischen Lage geben.

Starke Abnahme der italienischen Rohleneinfuhr.

Genf, 4. Jan. Die italienische Presse meldet aus Genua: In dem Hauptkohlenhafen Italiens trafen im Jahre 1917 nur insgesamt 1,9 Millionen Tonnen englische Kohlen ein, gegenüber 3,2 Millionen im Jahre 1916. Die Einfuhr amerikanischer Kohlen ist von 675 000 Tonnen im Jahre 1916 auf 210 000 im Jahre 1917 zurückgegangen.

Feindliche Anerkennung.

Rotterdam, 3. Jan. Die Londoner Wochenschrift „Truth“ widmet dem deutschen Oberbefehlshaber in Ostafrika Worte höchster Anerkennung: Lettow-Vorbeck habe sich als ein außergewöhnlich tüchtiger Truppenführer erwiesen, und was der Kaiser vor ein paar Monaten von ihm sagte, nämlich, daß die Welt niemals erwartet habe, was seine eigene Kraft erndiglichte, sei wahr.

Direkter Postverkehr mit Rußland.

Stockholm, 3. Jan. Nach einer Mitteilung der russischen Postbehörden ist der direkte Postverkehr mit Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei wieder zugelassen, doch unterliegt die Korrespondenz der Kriegszensur.

Ukrainer gegen Maximalisten.

Stockholm, 3. Jan. In der Moldau entwickeln sich die Kämpfe zwischen maximalistischen und ukrainischen Truppen. Es soll ein vertragliches Einverständnis zwischen dem Generalsekretariat der Ukraine und Kaledin bestehen.

An unsere Leser!

Da wir bis heute noch keine Papierlieferungen erhalten bekommen und uns nur einen kleinen Teil ausfallsweise beschaffen haben, können wir die für diese Woche fälligen zwei Nummern verspätet und auch nur in halber Umschlag zu einer Nummer vereinigt herausgeben.

Der Verlag.

Beginn der Verhandlungen in Petersburg.

Russ. Grenze, 3. Jan. „Tschekia“ meldet, daß die deutsch-russischen Verhandlungen in Petersburg begonnen haben. Eine Sonderkonferenz beschäftigt sich mit der Frage der Blockade-Aufhebung im Gebiete des Karakum und Weißen Meeres.

Britisches Lob der Volkswirtschaft.

Kopenhagen, 3. Jan. Der Petersburger Vertreter der „Daily News“ drückt seinem Blatt, daß die Nationalitäten-Regierung die einzige sei, die jetzt in Russland möglich ist. (Englisches Lob für die Nationalisten? Das ist verdächtig!)

Aufhebung antideutscher Verordnungen.

Russische Grenze, 3. Jan. Der Sowjet hat alle Verordnungen des alten zaristischen Regimes bezüglich der deutschen Kolonisten aufgehoben.

Die letzten Mohikaner.

Stockholm, 3. Jan. Der „Dien“ in Petersburg meldet, daß am 20. Dezember die letzten Franzosen und Engländer die russische Front verlassen haben.

Rechtsanwalt Gerard.

Oslo, 3. Jan. Nach den „Central News“ hat sich Mr. Gerard, der frühere Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, entschlossen, seine frühere Praxis als Rechtsanwalt wieder aufzunehmen.

Amerika wünscht einen Verbandsgeneralismus.

Amsterdam, 3. Jan. „New York Tribune“ erklärt in einem Artikel, daß die führenden militärischen Kreise der Vereinigten Staaten die Bestellung eines Oberbefehlshabers für die Westfront für dringend notwendig halten, und daß Amerika, im Gegensatz zu England, in diesem Punkte dem französischen Standpunkt zuneigt.

Schmalhaus in Italien.

Lugano, 3. Jan. Die Brotration in Italien beträgt bekanntlich 1400 Gramm pro Woche. Das schlimmste ist, daß selbst dieses kleine Quantum nur versprochen wurde, erhalten kann man es nicht. Infolgedessen ist die Erregung der Bevölkerung im Wachsen.

Sonnino will sprechen.

Berlin, 3. Jan. Römische Blätter melden, daß Sonnino die Absicht habe, in der heutigen Senatsitzung zu den Dittorfer Verhandlungen Stellung zu nehmen.

Abgelehnter Sonderfriedenstraktat in Italien.

Genf, 3. Jan. In der letzten Geheimkonferenz der italienischen Kammer beantragten mehrere Sozialisten, die Regierung solle die Schweiz ersuchen, bei der deutschen Regierung zugunsten eines Sonderfriedens zu intervenieren. Nach stürmischer Verhandlung wurde jedoch der Antrag der Sozialisten abgelehnt.

Friedenspropaganda der Gewerkschaften.

Genf, 3. Jan. Der General-Sekretär der sozialistischen Gewerkschaften in Italien hat an alle Arbeiter-Organisationen des Landes ein vertrauliches Rundschreiben gerichtet mit der Aufforderung, sich der Bewegung zur Bekämpfung des Krieges anzuschließen.

Große Explosion in Amerika.

Oslo, 3. Jan. Gestern fanden in Norfolk (Virginia) drei Explosionen, gefolgt von großen Bränden, statt. Der Schaden beträgt 2 Millionen Dollar. Dank der Hilfe von 1000 Matrosen bei den Löscharbeiten konnte die Stadt vor dem Untergang bewahrt werden.

Vom Tage.

Die Wahrheit ringt sich durch.

Der englische Premierminister Lloyd George äußerte in einer Rede: „Wie ich schon wiederholt gesagt habe, ist der Kampf jetzt überwiegend eine Frage des Frachtraums geworden. Nichts kann uns schlagen, und nichts kann für uns den Sieg gewinnen — das heißt, alles andere, was wir besitzen, wird für uns wertlos sein — wenn wir nicht unsere Frachtraumlage verbessern. Frachtraum bedeutet Kanonen — ich meine Frachtraum in der Schifffahrt — Frachtraum bedeutet Flugzeuge, Munition, Tanks und Truppen, ob sie in Frankreich stehen oder im Osten, und alles ist jetzt eine Frage der Schiffe.“

Der Premier gesteht also hier offen die so oft und so hartnäckig geleugneten Wirkungen des U-Boot-Krieges ein. Ein immerhin anerkennenswertes nachträgliches Erwachen der Wahrheitsliebe.

Wilson's Botschaft an Lloyd George.

Präsident Wilson sandte eine Botschaft an Lloyd George, in welcher der Präsident sich als Dolmetscher der Gefühle des Volkes der Vereinigten Staaten vorstellt und die britische Regierung und das britische Volk seiner Zuneigung versichert. Ferner hat Wilson den Entschluß kund, im Verein mit England alles daran zu setzen, um der Welt einen ehrenvollen und dauernden Frieden zu erkämpfen. Auch die schönsten Hoffnungen des schreibenden Volkes Wilson ändern nichts an der offenbar gewordenen armseligen Realität der Kriegssituation englischer und amerikanischer Profitmacher, für die Lloyd George und Wilson ihre Völker weiter in den Kampf treiben wollen.

Schweizer Absahrt für amerikanischen Dünkel.

Aus New York wurde großspurig verkündet, in Amerika sei ein Propagandabureau eingerichtet worden, das die Schweiz und auch Deutschland über die amerikanischen Kriegssiege unterrichten solle.

Zu dieser, den unübertrefflichen Dankedünkel ins bellste Licht setzenden Meldung bemerkt das „Berliner Tageblatt“ kurz und deutlich: „Weizen und Fett wären uns lieber!“

Die größte politische Stunde.

In London ist die Erregung über die Vorgänge im Osten viel größer, als wie die von der Regierung beabsichtigte Stimmungsmache es merken lassen will. So telegraphiert der Londoner Korrespondent der „Türker Stamps“, man sei sich bewußt, die größte politische Stunde des Weltkrieges zu erleben. „Manchester Guardian“ schreibt, es sei völlig unnütz, den Versuch zu unternehmen, einer so

schwierigen Gesamtlage mit den hergedachten Schlagwörtern, wie über Friedenskassen und deutschen Intrigen beikommen zu wollen. Wirkliche Lebensfragen ständen auf dem Spiel und dürften nicht mehr leichtsinnig betrachtet und angepaßt, sondern müßten von Staatsmännern behandelt werden, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den Mitbürgern und der Welt bewußt seien.

Ohne einen Bissen Brot.

Clementa's Beschlus, von der Einführung der Brotkarte in Frankreich wieder abzusehen, um keine Anruhen im Lande zu erregen, kößt bei den Verwaltungsbehörden, die nicht ein noch auswissen, auf peinliche Überraschung. In einer Versammlung legten die Bürgermeister des westlichen Frankreich den Ernst der Lage dar und wiesen auf die unbedingte Notwendigkeit der Brotkarte hin. Nach den feinsten schwarzeberisch gehaltenen Verordnungen des Bürgermeisters von Maut, René Buon, wird Frankreich Ende März ohne einen Bissen Brot sein, wenn wie bisher weitergewirtschaftet wird.

Verfolgungswahn in Amerika.

Am 4. Februar soll nach einer Bekanntmachung des Justizdepartements der Vereinigten Staaten eine große Verfolgung der auf amerikanischem Boden lebenden Deutschen beginnen. Ungefähr eine halbe Million nichtnaturalisierter Deutschen sollen als feindliche Ausländer eingeschrieben werden zum Schutze gegen Spionage und Sabotage. Polizeibeamte, Postmeister und andere Beamte werden diese Aufnahmen leiten. Von allen männlichen feindlichen Untertanen über 14 Jahren werden Fingerabdrücke gemacht, alle bekommen eine Ausweisarte. Diese Karte müssen sie stets bei sich tragen. Sie dürfen auch nicht ohne Zustimmung der Polizei ihre Wohnung verändern. Österreicher und Ungarn werden vorläufig von der Maßregel noch nicht betroffen.

Diese wenn auch unnützen, in amerikanischen Augen aber vielleicht heroischen aussehenden Maßnahmen werden den Namen Wilsons sicherlich unter die größten Taten der Geschichte setzen.

Oertliche und Provinznachrichten.

Hachenburg, 5. Januar

§ Die Schweiz hat den Postanweisungsverkehr für Kriegsgefangene mit Russland vom 1. Januar 1918 ab eingestellt. Postanweisungen an die Oberpostkontrolle in Bern für deutsche Kriegsgefangene in Russland können deshalb vorläufig bei den deutschen Postanstalten nicht angenommen werden. Postanweisungen für diese Gefangenen sind z. B. nur auf dem Wege über das schweizerische Postamt in Malmö zulässig.

§ (Kein Aushang der Eisenbahnfahrpreise.) Die Eisenbahn-Verkehrsordnung (§ 12) ist durch das Reichs-Eisenbahngesetz vom 1. Januar 1918 vorübergehend dahin geändert worden, daß auf den Stationen die Preise der zum Verkauf ausliegenden Fahrkarten nicht mehr ausgehängt zu werden brauchen. Wird von dem Aushange abgesehen, so haben die Fahrkarten-Ausgabestellen über die Preise auf Verlangen Auskunft zu erteilen. Die Maßnahme ist durch die bevorstehende Verringerung der Personalstärke mit Rücksicht auf den vermindernden Personalbestand und zur Papierersparnis nötig geworden.

Unhaltender Frost ist uns weiter beschieden, obwohl der Eintritt milderer Witterung wohl von allen gewünscht wird. Für den Neujahrstag schien ein Witterungsumschlag einzutreten, aber nur kurze Zeit ließ der Frost nach, um darauf umso stärker aufzutreten. Der gestrige Neuschnee wurde heute noch vermehrt, und die Regel, daß Schneefall bei Kälte immer einen Umschwung zu gelinderem Wetter bedeutet, scheint sich auch diesmal wieder nicht zu bestätigen. Die Kohlenversorgung der Bevölkerung bereitet den Gemeinden mancherlei Schwierigkeiten, da nur wenige Familien in der Lage sind, ihren Winterbedarf an Brennstoffen eingelagert zu haben. In Hachenburg geht es mit der Verteilung recht gut, da die Stadtverwaltung die Versorgung der Einwohner-schaft sich recht angelegen sein läßt und diese strenge durchführt. Es ist nur schade, daß Kohlen und Breikets, die unser Herr Bürgermeister für die Stadt bestellt, so spärlich eingeht und deshalb die Zuteilung eine doppelt schwierige ist. Ein Glück ist es nur, daß unsere Westermälder Braunkohle, die pro Zentner frei Haus den netten Preis von 2,40 M. kostet, eher noch zu haben ist und städtischerseits auch reichliche Mengen Brennholz der Bürger-schaft zur Verfügung gestellt werden können. Letzteres trägt wesentlich dazu bei, mancher Familie eine warme Stube zu verschaffen. Allein Anseine nach wird der diesjährige Winter den vorjährigen an Strenge und Dauer noch übertreffen. Die Wetterpropheten, die einen gelinden Winter in Aussicht stellten, haben damit schwer daneben gehauen. Auf einen strengen Winter folgt ein guter Sommer, heißt's im Volksmund; damit wollen wir uns zufrieden geben.

Montabaur, 4. Jan. Am 1. d. M. konnte das hier-selbst erscheinende „Kreisblatt“ für den Unterwesterwald-kreis“ auf ein 50-jähriges Bestehen zurückblicken. Von dem Vater des jetzigen Besitzers, Buchdruckereibesitzer Georg Sauerborn begründet, hat sich das Blatt aus kleinen Anfängen zu einer viel- und gernegelesenen Zeitung entwickelt.

Limburg, 4. Jan. Auf das vom Herrn Bischof an Se. Majestät den Kaiser zum Jahreswechsel gerichtete Glückwunschschreiben ist aus Berlin folgende telegraphische Antwort eingetroffen: „Ihre freundlichen Segenswünsche habe ich mit Verehrung entgegengenommen und danke Ihnen herzlich für den treuen Ausdruck treuer Gefinnung.“ Wilhelm K.

Aus Rossau, 4. Jan. In der letzten Vorstandssitzung der Landwirtschaftskammer wurde mitgeteilt, daß sich der Vorstand des Viehhandelsverbandes für den Regier-

ungsbezirk Wiesbaden auf die Eingabe der Kammer wegen einer Beihilfe zur Förderung der Viehzucht bereit erklärt hat. Die gleiche Summe, die der Kammer als staatliche Beihilfe zur Förderung der Viehzucht überwiesen worden ist, sei jetzt zur Verfügung zu stellen, und zwar in Höhe von 20000 M. Wegen der von der Kammer mehr geforderten Summe von 10000 M. hat sich der Viehhandelsverband mit dem Landesfleischamt in Verbindung gesetzt und um die Genehmigung ersucht, auch diesen Betrag zu dem genannten Zwecke der Kammer überweisen zu dürfen, ebenso wegen der für die Durchführung von Fütterungsversuchen mit Strohkräftfutter geforderten 10000 Mark.

Verdorf, 3. Jan. Stiehlerei und kein Ende! In die Mühle hier selbst wurde eingebrochen; die Diebe zertrümmerten ein gut verschlossenes kleineres Fenster und schafften durch ein großes fünf Ecks Loch viel fort. — In der Wirtschaft Vaisch wurde über Tag eine große Geldsumme gestohlen. — Augenblicke Späheren er-brochen mit einem Hackschiffel am hellen Tage den Keller der Bahnhofs-Wirtschaft und schafften Beträge fort.

Wiesbaden, 3. Jan. Im Luftkampf g. fallen ist kurz vor Mitternacht der Gruppenführer der Jagdfl. 11 der Rittmeister Ernst von B. Wiesbaden. Einmal bef. der drei Jahre in Gef. stand, war einer der erfolgreichsten deutschen Kampfflieger; er hat nicht weniger als 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Die Beerdigung findet nach der Ueberführung der Leiche in Wiesbaden statt.

Für die Schlichtung und Anzeiger verantwortlich
Theodor Kirchhölzl in Hachenburg

Gewerbliche Betriebe, die monatlich mehr als 20 Ztr. Kohlen verbrauchen, mache ich besonders darauf aufmerk-sam, daß sie ihren Bedarf bis spätestens 5. d. Mts. an-melden haben.

Hachenburg, den 2. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Verkauf von Gerlingen

am Montag, den 7. d. Mts., im Geschäft von H. Winter hier. Auf 2 Lebensmittelkartenabschnitte Nr. 2 wird 1 Gerling verabschätzt. Preis pro Sack 42 Pfg.

Hachenburg, den 5. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Die Butterfahrmittelstelle befindet sich vom 6. d. Mts. ab im Hause des Herrn Otto Schurz (Firma Joh. Peter Schurz) hier.

Hachenburg, den 5. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Verkauf von Fett

am Dienstag, den 8. d. Mts., in der städtischen Verkaufsstelle. Auf Lebensmittelkartenabschnitt 3 wird 50 gr Fett abgegeben. Gleichzeitig gelangen Wägen zum Verkauf.

Hachenburg, den 5. 1. 1918. Der Bürgermeister.

Der Gerichtsvollzieher Feige in Hachenburg ist in seinem Geschäftsbüro zu sprechen:

Montags, Dienstags und Samstags von 3 bis 5 Uhr,

Donnerstags von 9 bis 12 Uhr

Hachenburg, den 3. 1. 1918. Königl. Amtsgericht.

R. 7/17 — 5
Am 7. Januar 1918, nachmittags 3 Uhr soll auf der Bürger-meisterei in Nord Wohnhaus und Garten der Witwe Jakob Fries versteigert werden.

Hachenburg, den 4. 1. 1918. Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Mitglieder unserer Kasse werden angehalten, in Erkrankungsfällen stets den Arzt in seinen Sprech-stunden anzufuchen. Die Kosten für Besuche hat ein Mitglied in allen Fällen selbst zu tragen, wenn nach Art der Erkrankung Befähigung des Mitglieds vorliegt.

Die Ärzte sind seitens unserer Kasse angewiesen, alle derartigen Fälle unverzüglich bei uns zu melden, worauf wir die Kosten für den Besuch des zu Unrecht bestellten Arztes bei dem betreffenden Mitgliede erheben und bei Zahlungsverweigerung sofort mit allen gesetzlichen Mitteln gegen dasselbe vorgehen werden.

Der Vorstand

der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Unterwesterwaldkreis.

Zur Pflege Boran-Creme Lilienmilch-Creme Ka'oderma
der Haut: :: Pelzer Creme ::

empfiehlt Karl Dasbach, Hachenburg.

Angenehme Stelle

findet Fräulein mit guter Allgemeinbildung (Kleider-witwe ohne Anhang nicht ausgeschlossen), die kleinen Haushalt selbstständig führen und im Geschäft mit aus-helfen kann. Kaufmännische Kenntnisse erwünscht, jedoch nicht erforderlich. Schriftlich-Angebote besördert die Ge-schäftsstelle d. Bl.

Suche für sofort ein zu-verlässiges

Mädchen

welches kochen kann.

Frau Karl Dasbach

Hachenburg.

Suche sofort ein braves fleißiges

Mädchen

das melken kann.

Josef Nödig

Rittermühle b. Hachenburg

Frostbalsam

bester Frostschutz

schnell wirkend bei Frost an

Händen, Füßen und Ohren.

in Flaschen und in Tuben

empfiehlt

Karl Dasbach, Drogerie

Hachenburg.

Briefpapier und Umschläge

loft und in Packungen

empfiehlt

Ch. Kirchhölzl, Hachenburg